

## Die politische Lage in der Nationalversammlung.

Die Zusammensetzung der Friedensabordnung. — Die Richtlinien für die Verhandlungen.

Die bevorstehenden Friedensverhandlungen und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen der großen Politik beeinflussen naturgemäß im stärksten Maße die politische Situation in der Nationalversammlung. Es ergaben sich ernstere Differenzen zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Block, die bereits gestern zu einer unumkehrbaren Hemmung der parlamentarischen Arbeit geführt haben. Der Sozialisierungsausschuß ist weder vormittags noch abends zusammengetreten, wiewohl die entscheidenden Abstimmungen über die Frage der Errichtung der Betriebsräte auf der Tagesordnung standen, und das Plenum hat eine ganz kurze Sitzung abgehalten, die eine debattenlose Annahme der zur Beratung stehenden Vorlagen brachte, ohne daß am Schlusse auch nur der Termin der nächsten Sitzung anberaumt werden konnte. Das Schwergewicht der Situation liegt im Hauptausschuß, der über die Zusammensetzung der deutschösterreichischen Friedensabordnung und die ihr für die Verhandlungen in St.-Germain, die am 14. d. beginnen, mitzugebenden Richtlinien zu entscheiden haben wird.

Das Staatsamt des Auswärtigen hat die Delegiertenliste und die politischen Verhandlungsleitfäden rasch fertiggestellt und wollte das Namensverzeichnis der Abordnung nach der Genehmigung durch den Kabinettsrat noch gestern morgen dem französischen Gesandten *Alizé* übermitteln. Wider Erwarten traten die christlichsozialen Mitglieder des Kabinetts dieser Taktik entschieden entgegen, und es entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung über den Namensvorschlag, der folgendermaßen lautete:

Führer der Delegation: Minister a. D. Dr. Franz Klein.

Vertreter des Staatsamtes des Auswärtigen: Sektionschef Johann Eichhoff, Generalkonsul Franz Peter, Sektionschef Dr. Richard Schüller, Professor Doktor *Saun* und Gesandter *Frankenstein*.

Vertreter des Staatsamtes für Finanzen: Hofrat *Brauner* und Oberfinanzrat Dr. *Bazauer*.

Vertreter des Staatsamtes für Heereswesen: Oberst *Karl Schneller*.

Vertreter des Staatsamtes für Verkehrswesen: Sektionschef *Otto Müller-Martini*.

Als Fachleute: für Völkerrecht Ministerpräsident a. D. Dr. *Heinrich Lammasch*, für Kriegsgefangenenwesen Sektionschef a. D. *Heinrich Slatin*, für Finanzen Präsident Dr. *Landesberger*, für Geographie Professor Dr. *Rudolf Sieger* und für Statistik Dr. *Adolf Drucker*.

Als Vertreter der Länder: für Deutschböhmen Landeshauptmann Doktor *Podgman* und Landeshauptmannstellvertreter *Seliger*, für Sudetenland Dr. *Freihler*, für Mähren Dr. *Stephan Licht*, für Steiermark *Karinla*, für Kärnten *Martin Wutte*, für Tirol die Abgeordneten *Abraham*, Dr. *Schumacher* und *Kraft*, für Vorarlberg Landeshauptmann *Ender* und für Deutschwestungarn *Baer*.

Die hauptsächlichsten Einwendungen richteten sich gegen die Person Dr. *Klein*, der sich, wie von christlichsozialer Seite betont wurde, der Politik Dr. *Bauers* vollkommen anbequem habe und auch in der Anschlußfrage denselben Standpunkt einnehme wie der Staatssekretär. Die Christlichsozialen verwiesen auf die Notwendigkeit einer Revision der Anschlußpolitik, die bekanntlich von der Entente verworfen werde, und vertraten die Anschauung, daß die Betraumung einer in dieser Frage so stark engagierten Persönlichkeit wie Dr. *Klein* mit der Führung der Abordnung der Sache nur schaden könne, wenn man sich nicht gar der Möglichkeit einer Ablehnung der Delegation aussetze. Auch die in Wien weilenden Ententevertreter hätten, so wurde von christlichsozialer Seite behauptet, mit ihrer gegen Dr. *Klein* gerichteten Auffassung nicht zurückgehalten und offen erklärt, daß jeder andre Politiker der Sache förderlicher sein würde als der Stellvertreter Doktor *Bauers*.

Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder, die in der Anschlußfrage mit Staatssekretär Dr. *Bauer* vollkommen solidarisch vorgehen und von dieser Forderung noch nicht zurückzutreten gewillt sind, verfochten die Delegiertenliste mit größtem Nachdruck und verwiesen gegenüber der von christlichsozialer Seite aufgestellten Kandidatur des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Dr. *Max Vladimir Beck* darauf, daß Dr. *Klein* die ganze Materie beherrsche; es sei unmöglich, daß ein anderer Staatsmann sich in dem kurzen Zeitraum von acht Tagen auf diesem schwierigen Gebiet so vollkommen einarbeite, wie dies vor den Friedensverhandlungen eben notwendig sei. Ein zweiter Wunsch der Christlichsozialen, die Berufung Doktor *Lammasch* in die Kommission, sei ohnehin bereits vorweggenommen worden. Da auch bezüglich anderer Persönlichkeiten Einwendungen erhoben wurden und eine Einigung vorgestern nicht zu erzielen war, wurde die von Dr. *Bauer* empfohlene Ueberreichung der Delegiertenliste an *Mr. Alizé* verjagt und die Fortsetzung der Beratung auf gestern verschoben.

Trotz der Fühlungnahme der Kabinettsmitglieder mit ihrem Klub ließ sich bisher keine Annäherung der beiden Standpunkte erzielen und der Hauptausschuß sowie der Kabinettsrat gingen auch gestern unberührter Dinge auseinander. In der Nachmittagsitzung des Hauptausschusses ersichtete Dr. *Bauer* ein fast zweistündiges Exposé über die für die Delegierten bestimmten Richtlinien, die von den anwesenden Abgeordneten zur Berichterstattung an ihre Klubs zur Kenntnis genommen wurden.

Die bürgerlichen Abgeordneten haben demnach erreicht, daß die ganze Angelegenheit von den parlamentarischen Parteien mitberaten wird und die Volksvertretung in die Lage kommt, ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Heute um 2 Uhr nachmittags versammelt sich der Hauptausschuß wieder und dann wird sich zeigen, ob ein Kompromiß möglich sein wird. Man sprach abends davon, daß Dr. *Beck* als Führer der Delegation mit Dr. *Klein* als Ablatus nach St. Germain reisen werde; vorläufig ist dies aber nichts als ein Vorschlag freiwilliger Vermittler, dessen Aussichten noch ungewiß sind.

### Die amtliche Verlautbarung über die Sitzung des Hauptausschusses.

Nach Schluß der gestrigen Vollziehung der Nationalversammlung trat der Hauptausschuß unter dem Vorsitz des Präsidenten *Seiz* zusammen, um die vor der Sitzung begonnenen Beratungen fortzusetzen. An der Sitzung nahmen alle Mitglieder, mit Ausnahme des erkrankten Präsidenten Dr. *Dinghofes*, sowie alle Mitglieder des Kabinetts teil. Staatssekretär Dr. *Bauer* hielt einen zweistündigen Vortrag über die vom Staatsamte des Äußern getroffenen Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen. Der Haupt-

ausschuß beschloß, die Debatte hierüber in der heute um 4 Uhr nachmittags stattfindenden Sitzung abzuführen.

### Forderung Salzburgs nach einer Vertretung in der Friedensdelegation.

In der gestrigen Landesratsitzung wurde nach der Mitteilung einer hiesigen Korrespondenz der Beschluß gefaßt, an die Wiener Regierung die Forderung zu richten, daß der deutschösterreichischen Friedensdelegation auch ein Vertreter des Landes Salzburg beigezogen werde, mit dem Beifügen, daß sich das Salzburger Land, falls die Wiener Regierung diese Forderung nicht erfülle, selbständig vorgehen werde. Gleichzeitig wurde beschlossen, an die übrigen Länder heranzutreten und ihnen nahe zu legen, die gleiche Forderung an die Wiener Regierung zu richten.